

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F XXIII/7

Bonn, den 10. Januar 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	Ein Anfang ? ----- Jugoslawien und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft	42
2 - 3	Von der Psychone zur Vermunft ----- Zum Thema Mehrwertsteuer Von Rudolf Dax	78
4 - 6a	Dokumente aus der Geschichte der SPD ----- Nach 30 Jahren in Stockholm wiederaufgefunden Von Paul Mayer, Bibliothekar beim Vorstand der SPD	54
5	Musterbeispiel für Entwicklungshilfe ----- Professor Baades Pläne wurden in Spanien zur Wirklichkeit Moderne Dörfer in bisher wasserarmen Gegenden	47

* * *

Ein Anfang?

Jugoslawien und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

sp - Eine der interessantesten Meldungen kam in den letzten 24 Stunden aus Rom. Dort haben der jugoslawische Ministerpräsident Spiljak und sein Außenminister Nikezic erklärt, Jugoslawien wünsche möglichst bald in vertragliche Beziehungen zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zu treten. Von italienischer Seite war zu hören, Italien wolle diesen Wunsch Jugoslawiens unterstützen.

Die wirtschaftlichen Beziehungen Jugoslawiens zu den meisten westeuropäischen Ländern sind schon seit langem recht gut. In aller Stille haben Frankreich, Belgien, Italien, Holland und England ihre wirtschaftlichen Positionen in Jugoslawien seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Belgrad erheblich ausbauen können. In der neuen Phase der deutsch-jugoslawischen Wirtschaftsverhandlungen, die in der kommenden Woche in Bonn beginnen, dürfte auch diese Frage eine nicht unerhebliche Rolle spielen.

Wenn nun der jugoslawische Ministerpräsident den Wunsch äußert, daß Jugoslawien mit der EWG in ein vertragliches Verhältnis treten möchte und wenn Italien diesem Wunsch seine Unterstützungen zusagt, so könnte unter Umständen bald ein neues Kapitel in den Beziehungen der EWG zu den südosteuropäischen Staaten aufgeschlagen werden.

In diesem Zusammenhang verdient auch eine Meldung aus Paris Interesse, aus der hervorgeht, daß die französische Regierung ebenso wie die italienische Regierung dem Wunsch Jugoslawiens nach einer vertraglichen Regelung mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft positiv gegenübersteht.

Entsprechend der jugoslawischen Neutralitätspolitik denkt man in Belgrad wohl nicht daran, sich um die Mitgliedschaft in der EWG zu bewerben; aber doch dürften Überlegungen Gestalt angenommen haben die auf eine Assoziation in vertraglich geregelter Form zwischen Jugoslawien und der EWG hinauslaufen.

Die Problematik einer engeren Zusammenarbeit zwischen der EWG und den ost- sowie südosteuropäischen Staaten steht schon seit langem auf der Tagesordnung. Seitdem der verstorbene Präsident des Bundes der Vertriebenen, MdB Wenzel J a k s c h , sein Memorandum zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa veröffentlicht hat, zeigen die speziell wirtschaftlich interessierten Kreise auch der kommunistisch regierten Staaten zunehmendes Interesse an allen Plänen, deren Verwirklichung geeignet sein könnte, das wirtschaftliche Gefälle zwischen Ost und West auszugleichen. Wenn Jugoslawien, das im CO-EECON nur einen Beobachterstatus hat, jetzt offiziell den Wunsch nach vertraglich geregelten Beziehungen zur EWG äußert, könnte unter Umständen ein erster Schritt in Richtung auf ein geregeltes ökonomisches Miteinander Ost- und Westeuropas getan werden.

Von der Psychose zur Vernunft

Zum Thema Mehrwertsteuer

Von Rudolf Dux

Zum 1. Januar 1968 waren weitgehende und erhebliche Preiserhöhungen in vielen Wirtschaftsbereichen angekündigt und erwartet worden. Teilweise sind sie auch eingetreten. Inzwischen breitet sich Beruhigung aus, vor allem bei den Preisen im Bereich der Ernährungsgüter und Bekleidung. Auch die Preise für große Haushaltsgeräte haben sich nicht nur normalisiert; sie sind zum Teil sogar erheblich herabgesetzt worden. Im Dienstleistungsbereich dagegen herrschen die Preiserhöhungen vor. Sie überschreiten sogar in vielen Fällen das durch die Umstellung auf das neue Steuersystem begründete Maß.

* * *

Der Zweck der Umstellung müßte eigentlich jedermann klar sein; es ist in den vergangenen Jahren viel darüber geschrieben worden. Jedenfalls ist die gegenwärtige Bundesregierung nicht die Erfinderin des Mehrwertsteuersystems; es stand bereits durch die notwendige Harmonisierung der indirekten Besteuerung in der EWG zur Diskussion. Die Mehrwertsteuer wurde aber auch von unserer Exportindustrie und vom Exporthandel gefordert. Nach dem bisherigen kumulativen Umsatzsteuersystem wurde in jeweils jeder Umsatzstufe Umsatzsteuer in Höhe von 2 - 4 Prozent erhoben, die sich bei manchen Erzeugnissen bis zu 16 v.H. des Verkaufswertes der Ware kumulierte. Das war zu unübersichtlich und die Rückerstattung der Umsatzsteuer beim grenzüberschreitenden Verkehr (Export) wurde so erschwert. Die nun nur in Höhe von 10 v.H. bzw. 12 v.H. erhobene Mehrwertsteuer läßt sich bei diesem grenzüberschreitenden Warenverkehr sowohl unmittelbar vom Exportwert abziehen, als auch beim Importwert aufrechnen.

* * *

Diese Zweckbestimmung der "Mehrwertsteuer", die Vereinfachung und Harmonisierung in der EWG, ist aus den verschiedenen Gründen schon vor ihrer Einführung in Verruf gekommen. Ganze Wirtschaftsbereiche, Wirtschaftsverbände und auch öffentliche Dienstleistungsbereiche kündigten anläßlich der Einführung dieser Steuer von vornherein Preiserhöhungen an, die erheblich über die teilweise tatsächliche Kostensteigerung hinausgingen. So glaubten Unternehmungen zusätzliche Gewinne und öffentliche Dienstleistungsbereiche zusätzliche Finanzmittel für andere sicherlich dringliche Aufgabenbereiche zu gewinnen.

* * *

Selbst die Wissenschaft, soweit sie sich bestimmten wirtschaftlichen Ordnungssystemen verbunden fühlt, hat zu dieser

Preispsychose beigetragen. Sie propagierte, dieses System der Mehrwertsteuer sei am besten geeignet, von der direkten Besteuerung der Einkommen und Vermögen, also den "sichtbaren Steuern" zu den unsichtbaren Steuern, durch Mehrbelastung des Verbrauchs überzuleiten. So versuchten gewisse Wirtschaftstheoretiker, aber auch Unternehmen und Einzelpersonen jede ihr Stüppchen anlässlich dieser Umstellung zu klopfen.

* * *

Auch das Ausland hat Bedenken angemeldet, ja gewissermaßen Schadenersatzforderungen geltend gemacht; so die USA, weil man die Einführung der Mehrwertsteuer für eine Quasi-Abwertung der deutschen Mark hält. Diese Darstellung ist aber falsch. Es ist richtig, daß durch die nunmehr **k o r r e k t e** Berechnung des Mehrwertsteueranteils am Gesamtpreis der Exportgüter, die den exportierenden Unternehmen rückerstattet wird, sich teilweise die Exportpreise unserer Erzeugnisse ermäßigen. Aber das hat eben nur etwas mit der **k o r r e k t e n** Erstattung, dagegen nichts mit der Binnenkaufkraft oder dem Außenwert unserer DM zu tun. Sie bleibt von der Steuer völlig unberührt.

* * *

Die gleiche Erscheinung der ermäßigten Preise ergibt sich auch bei all den Gütern auf dem Binnenmarkt, bei denen die kumulative Umsatzsteuer einen höheren Steuerbetrag ergeben hat als die jetzige Mehrwertsteuer. Diesen Tatbestand haben die Warenhäuser und Versandunternehmen schon frühzeitig zu der werbewirksamen Erklärung veranlaßt, sie würden auch nach dem 1. Januar ihre Preise stabil halten. Inzwischen werben auch die Einzelhandelsketten - VeGe, Spar, Sacko etc. - mit teilweise erheblichen Preisabschlägen auf Fahrungs- mittel um neue Kundschaft. Auch die Konsumentensschaften haben die teilweise erheblichen Ermäßigungen bei den Einstandspreisen an den Verbraucher weitergegeben und ihre Preise bei zahlreichen Produkten erheblich gesenkt.

* * *

Es dürfte nur in den wenigsten Fällen die mangelnde Fähigkeit zu einer wahrhaftigen Preiskalkulation die Ursache dafür sein, daß in vielen Einzelhandelsgeschäften - es werden allerdings täglich weniger - die Mehrwertsteuer einfach auf die alten Preise, d.h. also einschließlich der vorher schon darin enthaltenen kumulativen Umsatzsteuer, aufgeschlagen wird. Hier darf man wohl oft bösen Willen unterstellen und die Absicht, sich an der allgemeinen Unsicherheit zu bereichern. Das gleiche trifft zu in manchen Dienstleistungsbetrieben, wie Gaststätten und Hotels, Friseurgeschäften, Reinigungsanstalten usw. wo man auch einfach 10 Prozent auf den alten Preis aufschlägt. Aber auch diese Methode wird letztlich am Wettbewerb Schiffbruch leiden, wenn die Verbraucher weiterhin aufmerksam die Preise vergleichen.

Dokumente aus der Geschichte der SPD

Nach 30 Jahren in Stockholm wiederaufgefunden

Von Paul Mayer, Bibliothekar beim Vorstand der SPD

Aus Stockholm wird berichtet, daß in dem unbenutzten Keller eines Gewerkschaftsgebäudes historische Protokolle der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands aus den Jahren zwischen 1933 und 1937, die als verloren galten, durch Zufall gefunden worden seien. Es handelt sich um das umfangreiche Archiv des sozialdemokratischen Parteivorstandes in der Emigration, das seit nahezu 30 Jahren verschollen war.

Als die SOPADE, wie sich der damalige Parteivorstand nannte, im Jahre 1938 das Prager Exil verließ und nach Paris übersiedelte, weil die tschechoslowakische Regierung, dem diplomatischen Druck aus Berlin nachgebend, die Fortsetzung ihrer politischen Arbeit nicht mehr dulden wollte, hatte sie ihr bis dahin angesammeltes Material an Akten und Druckschriften in die Obhut der befreundeten Sozialdemokratischen Partei Dänemarks gegeben. Das Archiv war in 15 großen Kisten verpackt, die im Februar 1938 via Edingen nach Kopenhagen verfrachtet wurden.

Ein Jahr später hatte der damalige dänische Parteisekretär Hans Hedtoft-Hansen, nachmaliger Ministerpräsident, die Sammlung an die Sozialdemokratische Partei Schwedens weitergegeben. Die Verlagerung war aufgrund der damals bestehenden internationalen Situation als zweckmäßig erachtet worden, wie Hedtoft-Hansen im April 1939 an Erich Ollenhauer in Paris geschrieben hatte. In den Akten fehlte aber eine Bestätigung dafür, daß die Kisten ihr Ziel erreicht hatten. Ollenhauer hat sich Anfang der vierzi-

ger Jahre bei einem Besuch in Stockholm bemüht, das Schicksal der Sendung aufzuklären, was ihm jedoch nicht gelang.

1953 wurden zwei Kisten durch einen Zufall im Keller des schwedischen Parteiarchivs aufgefunden und dem SPD-Vorstand übergeben, doch konnte gleichzeitig nicht festgestellt werden, ob weitere Kisten nach Stockholm gelangt waren.

Aufgrund von dokumentarischen Unterlagen, die sich in den Pariser SOPADE-Akten befanden, waren vor etwa Jahresfrist von Bonn aus neue Nachforschungen aufgenommen worden. Die Suche nach Anhaltspunkten im dänischen Parteiarchiv in Kopenhagen war erfolglos, da, wie vermutet wird, der inzwischen verstorbene Hedtoft-Nansen 1939 aus den dänischen Parteiakten alle Unterlagen, die sich auf die deutsche Emigration bezogen, entfernen ließ, damit sie nicht etwa der Gestapo in die Hände fielen. Hingegen erbrachte die Sichtung der Korrespondenz der schwedischen Partei aus dem Jahre 1939 den Nachweis, daß die 15 Kisten tatsächlich Stockholm erreicht hatten.

Eine von deutschen Emigranten und schwedischen Freunden gestartete Suchaktion, die sich auch auf gewerkschaftseigene Grundstücke erstreckte, führte nach wenigen Wochen zu einem überraschenden Erfolg. Die verschwundenen 13 Kisten wurden im Keller der schwedischen Gewerkschaftszentrale aufgefunden. Sie waren völlig unversehrt und standen offenbar noch so da, wie sie vor mehr als 28 Jahren eingelagert worden waren. Sie enthalten den gesamten Schriftwechsel der SOPADE, zahlreiche Stimmungsberichte aus Hitlerdeutschland, sämtliche parteieigenen Publikationen der ersten Emigrationsjahre in mehrfacher Ausfertigung sowie eine komplette Sammlung des Berliner VORWÄRTS aus den Jahren 1915 bis 1933.

Die Wiederauffindung des SOPADE-Archivs ist vor allem für die Erforschung der illegalen Bewegung in Deutschland während der ersten Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft von großer Bedeutung.

Musterbeispiel für Entwicklungshilfe

Professor Baades Pläne wurden in Spanien zur Wirklichkeit Moderne Dörfer in bisher wasserarmen Gegenden

sp - Erst im Jahre 1981 werden die deutschen Steuerzahler wieder je-
we 200 Millionen DM in der eigenen Staatskasse sehen, die 1962 der dama-
lige Wirtschaftsminister Erhard den Spaniern für den Bau von landwirt-
schaftlichen Siedlungen und Bewässerungsvorhaben in der südlichen Pro-
vinz Malaga gewährte und die schon im Juni 1967 zur Rückzahlung fällig
gewesen wären.

Die spanischen Entwicklungspläne gehen übrigens auf detaillierte
Vorschläge zurück, die der international anerkannte Wirtschaftswissen-
schaftler und frühere Bundestagsabgeordnete Professor Fritz B a a d e
(SPD) ausgearbeitet hatte.

Der Zahlungsaufschub für Spanien ist damit zu erklären, daß es wie
in anderen halbentwickelten Ländern noch immer an technischen Vorausset-
zungen fehlt, die Kredite zeitgerecht und voll auszuschöpfen. Diese Sach-
lage bewog die Frankfurter "Kreditanstalt für Wiederaufbau" zur Gewäh-
rung der erbetenen Stundung.

Während in den letzten zehn Jahren über 300 spanische Dörfer nach
der Auswanderung all ihrer Einwohner verwaisten, wird in der Provinz Ma-
laga versucht, die wegen Wassermangels und Transportschwierigkeiten un-
rentabel gewordene Landwirtschaft wieder zu einem attraktiven Broterwerb
zu machen.

Mehr als 23 000 ha Land, die bisher mangels Bewässerung brachliegen
mußten oder nur mit größter Mühsal zu bebauen waren, werden nach den im
Gang befindlichen Regulierungsarbeiten bis 1969 landwirtschaftlich ge-
winnbringend nutzbar gemacht. Neun neue Dörfer, die alle Annehmlichkei-
ten des Stadtlebens auch in kultureller Hinsicht bieten sollen und den
Charakter von "Mini-Agrostädten" annehmen, werden bis dahin entstanden
sein. Eines dieser Musterdörfer, Zalea, ist bereits fertiggestellt. Es
werden keine Elendsdörfer mehr sein, wie sie noch in vielen Gegenden Süd-
europas anzutreffen sind: Gemeinschaftshäuser, Kirchen, Geschäfte, Repa-
raturwerkstätten, Schulen, Dorfbibliotheken und Rathäuser mit Beamten-
wohnungen bilden jeweils den Ortsmittelpunkt. Alle diese Ortschaften er-
halten ein Kanalisationsnetz, eine Wasser- und Stromversorgung nach groß-
städtischen Vorbildern und eine entsprechende Straßenbeleuchtung. Namen,
die es bisher auf keiner Landkarte gab, bezeichnen die neuen Musterdör-
fer wie Villafranco del Guadalquivir mit 151 Häusern, Santa Rosalia mit
145 oder Donana mit 129 Häusern, deren Bewohner dank deutscher Entwick-
lungshilfe nicht länger auf die Annehmlichkeiten des Stadtlebens ver-
zichten müssen. Die Landerschließung und -verteilung erfolgt nach moder-
nen Erfahrungen und Grundsätzen der Landwirtschaftstechnik und Flurberei-
nigung. Das Pferdewerkzeug und der Eselskarren werden endgültig der Ver-
gangenheit angehören, denn landwirtschaftliche Maschinen werden dort die
Zukunft der Feldbestellung bestimmen. Die Rückzahlung des deutschen Kre-
dits beginnt 1969, doch schon heute läßt sich sagen, daß diese Entwick-
lungshilfe auch der deutschen Industrie in Form von spanischen Aufträgen
zugute kam. Experten schätzen sogar, daß Spanien in Zusammenhang mit die-
ser Finanzhilfe wenigstens für das Doppelte der Kreditsumme deutsche In-
dustriewaren bestellte.